

Liebe Mitglieder
und SympathisantInnen,

vor unserem Anliegen zuerst ein

herzliches Dankeschön

für die Spenden des vergangenen Jahres. Wir haben oder werden uns noch persönlich bei Ihnen bedanken. Nun zu Ihnen, die uns letztes Jahr oder überhaupt noch nie finanziell unterstützten:

Wir brauchen Geld!

Nicht nur, aber insbesondere das Referendum zur Rentenkürzung hat uns schon 2009 ein tiefes Loch in die Kasse gerissen. Wir wären froh, wenn Sie uns ein bisschen unterstützen könnten. Sollten Sie an unseren Infos kein Interesse haben, so lassen sie uns dies doch wissen. Auch das wäre ein Beitrag an unsere Kosten.

Mit freundlichen Grüßen und bestem Dank,
Neue PdA

Zur Altersvorsorge

Das Kapitaldeckungsverfahren der Pensionskassen erzielt nur «gute» Renten, wenn der Ertrag aus dem angelegten Kapital «gut» ist. Konkret heisst das, rauf mit den Mieten, wenn es in Immobilien oder runter mit den Löhnen, wenn es in Konzernen steckt. Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen. Denn vor 40 Jahren stand ein entsprechender Vorschlag der PdA zur Wahl. Er scheiterte an der vehementen Bekämpfung auch der SP und der Gewerkschaften! Wir und die PdA 44 planen deshalb einen Abend zur Zukunft einer sicheren Altersvorsorge.

Solidaritätskauf!

Das Plakat, das wir aushängen, stammt von Guido Nussbaum. Es ist ein Siebdruck und unserer Meinung nach gelungen. Der Handschuh symbolisiert zugleich die Fehde (Kampf) als auch die Arbeit. Der Text verulkt die entpolitisierenden Sprache «Kürzung des Umwandlungssatzes». Zur Finanzierung des Aushanges können Sie ein Exemplar erwerben:

Nein Schatz,



keine Kürzung des
Umwandlungssatz

Parteien der Arbeit
Neue PdA und PdA 44

Weltformat (89.5x128)

- unsigniert Fr. 20
- handsigniert Fr. 40

A3 Fr. 5

A4 Fr. 3

A6 (Postkarte) Fr. 2

Bestellungen via Post
oder Email (siehe RS)

Zur Abstimmung vom 7. März über die Rentenkürzung:

Wir können gewinnen, sofern



wir wollen und die Zeit dafür reif ist. Ein Indiz für Letzteres ist das Referendum selbst. In drei Monaten kamen 205'000 Unterschriften zusammen. Zur Erinnerung: Im Oktober 2008 signalisierte die PdAS den Gewerkschaften und Linksparteien, dass sie das Referendum ergreifen wird, wenn der Ständerat dem Kürzungsbeschluss des Nationalrates folgt. Das Signal zeigte Wirkung: Nach der Unia schloss sich auch der SGB dem Referendum an. Es folgte die SP und zu unserem Erstaunen mobilisierte auch der K-Tipp seine LeserInnen.

Wir von der Neuen PdA druckten und verteilten Tausende von Unterschriftenbögen und sammelten auf der Strasse Unterschriften. Für den Abstimmungskampf beschlossen wir, einiges mehr einzusetzen, als es unser Budget erlaubt. Zusammen mit der PdA 44 wird deshalb vom 22. Februar bis 7. März ein Wahlplakat hängen. Warum diese Engagement, obwohl wir mit dem Prinzip der Pensionskasse gar nicht einverstanden sind (siehe Kasten)?

Bedürfnislohn und Arbeitslohn

Der Vision von Marx, «jeder nach seinem Bedürfnis, jeder nach seinen Fähigkeiten», steht die Logik des Kapitals diametral entgegen: Geld gibt es nur gegen Lohnarbeit. Deshalb dauerte es 150 Jahre, 50 über den Generalstreik von 1918, der eine AHV- und IV-Rente forderte, hinaus, bis das Recht auf ein würdiges Leben auch von Alten und Kranken akzeptiert wurde. Aus derselben Logik leistete das Bürgertum auch erbitterten Widerstand gegen die Kinder- und Familienzulagen. Denn auch diese Lohnanteile sind de facto eine bedürfnisorientierte und nicht leistungsabhängige Entschädigung. Dieser «antikapitalistische» Aspekt ist übrigens die ideologische Grundlage der SVP-Schmarotzer-Kampagne.

Wie gross ist die Rentenkürzung?

Das hängt vom Alter und vom Lohn ab. Sie kann zwischen 10'000 (Sie sind über 60 und verdienen wenig) und über Fr. 100'000 betragen. Auf www.rentenklau.ch oder www.ktipp.ch können Sie ihre persönlichen Daten berechnen.

Es geht nicht nur um diese Abstimmung

Wissen Sie, dass es am 7. März nicht um die erste Kürzung der PK geht? 2003 beschloss das Parlament die erste. In Kenntnis der Salamtaktik der Bürgerlichen können wir voraussagen, dass die dritte Kürzung kommt, wenn dieser hier zugestimmt wird. Entgegen ihren Schalmeientönen, die Kürzung diene nur der Sicherung der Renten, möchten sie sie am liebsten abschaffen. Wird sie aber angenommen, so steigt der Druck auf die AHV/IV enorm. Denn die Bürgerlichen können sich nicht erlauben, dass es noch offensichtlicher wird, dass ein Franken für die AHV/IV mehr Renten bringt, als wenn er ins Kapitaldeckungsverfahren der Pensionskassen einbezahlt wird. Es würde so der teuflische Gedanke genährt, unsere Altersvorsorge auf die einzig richtigen Beine zu stellen. Eine Abstimmungsniederlage aber rückte diese Hoffnung in weite Ferne.

Pharma Preis an SP Basel

pa14 (Presse Agentur 1. April.) Roche und Novartis verliehen ihren diesjährigen Preis der SP. An ihrer Pressekonferenz begründeten sie ihren Entscheid mit der von der SP konsequent vorangetriebenen Stadtentwicklung, die es ihren Fachkräften erlaube, sich auch in Basel wohl zu fühlen. Ausschlaggebend sei aber gewesen, weil sie von der CVP, FDP und SVP zutiefst enttäuscht worden seien. Hätten diese doch eine Motion ausgearbeitet, die von den ausländischen Arbeitskräften den Besuch eines Integrationskurses und das Bestehen einer Integrationsprüfung verlangt. Nur dank der SP hätten die Bürgerlichen ihren Vorstoss dahingehend korrigiert, dass ihre Angestellten auch weiterhin kein Deutsch zu verstehen bräuchten. Der neue Konzernchef der Novartis, der Amerikaner Joe Jimenez, nutzte die Gelegenheit, seine Wünsche via SP an die Basler Regierung weiterzuleiten. Es sei schon frustrierend, wenn seine Leute in der Stadt, in der sie ja schliesslich lebten und zum Teil sogar Steuern zahlten, nicht auf englisch bedient würden. Er denke da nicht nur an das Personal von deluxe stores, sondern auch an Kioskfrauen. Nicht das Arabische und Türkische sei das eigentliche Problem, die wirkliche Integration sei real dann erreicht, wenn die Bewohner Basels die Sprache und den Stil des «american way of life» verstünden.

Clariant: Jetzt aktiv werden!

Seit 2004 «produziert» Clariant vor allem Rationalisierungen und Entlassungen. 10 von 30 Tausend Stellen wurden bereits gestrichen. Nun will Clariant noch Werke in Brasilien und Indien schliessen und in Muttenz 400 Stellen abbauen.

Die Belegschaft ist bereit zu kämpfen und hat auch das «Solikomitee» kontaktiert, das 2008 zur Unterstützung der streikenden SBB-Arbeiter in Bellinzona gegründet wurde. Aktionen sind geplant, müssen aber wegen der Basler Fasnacht verschoben werden. Leider können wir für diese Aktionen nur jene erreichen, die über eine Emailadresse verfügen (siehe unser Spendenaufruf vorne).



21.1.10, morgens früh: Die ArbeiterInnen in Hunigue demonstrieren gegen die Schliessung ihres Werkes - unterstützt von der Unia und dem Solikomitee. Das Band über die Grenze ist geschmiedet. Es liegt nun auch an Dir!

Die Leiden Haiti's

Die Grenzen Labadee's, einem Küstengebiet Haitis, ähneln denen Guantanamo's, nur dass hier Stacheldraht und bewaffnete Sicherheitskräfte nicht eine Gesellschaft vor «Terroristen», sondern Millionäre vor Armen schützen. Die Küste gehört "Royal Caribbean International". Der Konzern bietet wöchentlich bis zu 10'000 Gutbetuchten für ein paar Tage eine «private Atmosphäre» (Werbung) an. Labadee wurde vom Erdbeben verschont und deshalb konnte RCI sein Programm fortsetzen. Die Kritik, dies grenze bei einer Tragödie von 200'000 Toten an Zynismus, konterte Adam Goldstein, der Chef von RCI, mit «wegbleiben bringt nichts» und erhielt dafür am WEF in Davos Unterstützung. Warum diese Einleitung? Haiti zeigt, wie der Westen schon immer mit dem Süden umgegangen, wie die Moral eine nördliche ist. Stellt Euch das Geheul vor, wenn auch nur ein kubanischer Sealiner am 12.9.01 eine Seefahrt, die ist lustig, nach New York unternommen hätte! Deshalb ein Blick zurück:



Die Bewohner Haitis wurden nach der Kolonisation 1492 abgeschlachtet und durch vermeintlich willfähigere Untertanen ersetzt. Bis 1770 wurden an die 800'000 Schwarze nach Haiti verschleppt und versklavt. Von Frankreich wurde es gnadenlos und bis aufs Blut ausgeplündert. Eine Studie kommt zum Schluss, dass seine Schuld Haiti gegenüber gut 20'000 Milliarden US-Dollar beträgt. Aristide verlangte 1/1000 davon ... und musste gehen.

1791 erhoben sich die Sklaven und konnten nach 13 Jahren Kampf die erste unabhängige Republik Lateinamerikas ausrufen. Doch als Vorbild eines Staates diente ihren Führern das Kaiserreich Napoleons. Unter anderem wohl deshalb ist die Geschichte Haitis auch geprägt von Alleinherrschern. Sie boten dem Imperialismus den Hebel, die Geschicke des Landes weiter zu bestimmen. So konnten sich die beiden letzten und brutalsten Diktatoren (Papa und Baby Doc) nur dank US-Gnaden halten, bis letzterer 1986 verjagt wurde. Er nahm ein «bisschen» Geld mit. Zwei Tage vor dem Erdbeben beschloss «die Schweiz», dass sieben aufgetauchte Millionen nicht Haiti, sondern dem «Baby» gehörten!

1990 wurde der Armenpriester Aristide gewählt und mit US-Hilfe gleich wieder weggeputscht. Auf internationalen Druck hin wählten die USA eine andere Strategie: Sie klopfen Aristide weich, IWF- und WTO-Richtlinien anzuerkennen. Aristide nahm an und die Amys brachten ihn zurück. Doch 2000, nach seiner zweiten Wahl, weigerte er sich, weiter zu privatisieren. Um mehr Geld für die Armen zu erhalten, löste er gar die Armee auf. Das war «ungeschickt». Mit Unterstützung der Oberschicht und kriminellen Banden wurde Haiti ins Chaos getrieben, um es dann 2004 von der UNO legitimiert militärisch besetzen zu können.

Katastrophen werden kapitalisiert

Die USA nutzten 2005 die New Orleans-Katastrophe für eine neoliberale Durchgestaltung der Stadt. Dieses Schicksal blüht nun auch Haiti. Zudem soll das Land vor einer Annäherung an den bolivarianischen Prozess (Haiti unterstützte 1810 die Befreiungskriege in Venezuela und Bolivien) und vor einem neuen Aristide «gesichert» werden. In der Frankfurter Rundschau liest sich das so: «Nur wenn die im Lande grassierende Korruption, der Mangel an verlässlichen Verwaltungen ... ein Ende finden, werden sich die Menschen nicht mehr enttäuscht von der Regierung und ihren internationalen Verbündeten abwenden.» Der Unterschied zu Afghanistan besteht darin, dass nicht ein Bin Laden, sondern eine Naturkatastrophe den Vorwand zum Einmarsch bot.

So wird denn verständlich, dass die «Hilfstruppen» als erstes das Regierungsgebäude besetzten, Hillary Clinton die Meeresblockade Haitis befahl, Hilfsflügen keine Landeerlaubnis erteilt wurden, weil die Armee den Vorrang hatte und weiss der Guggler, was uns nicht berichtet wird. So z.B. als humanitär effizienteste Massnahme die Ablehnung der Zusammenarbeit mit hunderten anwesenden ÄrztInnen - es waren leider kubanische und venezolanische! Allein Kuba hatte bereits vor dem Erdbeben 400 und nach 48 Stunden mehr als 1000 ärztliche HelferInnen in Haiti. Statt dessen belagerten Kampfsoldaten ihre Spitäler.